

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Subskriptionsstellen: Neue Gasanstaltsstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen: Hauptstraße 140, sowie durch alle Auswärtigen Postämter (Postfach) für die Woche vom 7. bis 13. Oktober 25 Millionen M.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 2000 000 M., ausw. 2500 000 M., Anzeigen unter Text 3000 000 M., ausw. 10000 000 M., Stellenanzeigen 1 000 000 M., Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Heiratsanzeigen 700 000 M., kleine Anzeigen pro Zeile 200 000 M., das letzte Wort 250 000 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normiertens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 (sowie in sämtlichen Zweigstellen) abgegeben werden.

Dollar 2 Milliarden!

Der gestrige Nachbörsenkurs der deutschen Mark hat unsere Währung zu schlechtesten der Welt gemacht: sie steht jetzt unter dem russischen Rubel. Die Ursachen des neuen Sturzes sind die Forderungen des deutschen Privatkapitals der Schwerindustrie mit Sonderverständnis gegenüber Frankreich, dann aber auch der Wechsel im Reichsfinanzministerium, den die Börse offenbar ähnlich einschätzt wie unser Leitartikel vom Montag. Den Zeitpunkt des Amtsantritts des neuen Reichsfinanzministers wollten die Spekulationen offenbar auf jeden Fall benutzen, um die Lage bis zur Festlegung seiner ersten Maßnahmen auszubehüten. Für Herrn Dr. Luther sollte diese Erfahrung eine Warnung vor jeder Konzession in seinen weiteren Maßnahmen sein, die durch Worte nicht mehr verstärkt werden kann.

Otto Wolff schließt seinen eigenen Reparationsvertrag.

Die „Agence Havas“ berichtet aus Düsseldorf: Zwischen der internationalen Kontrollkommission und den Gesellschaften Hönig und Rheinhardtwerke ist ein Abkommen getroffen worden. Hiernach nehmen diese beiden Konzerne die Kohlenlieferungen auf Grund des Programms der Reparationskommission wieder auf. Sie zahlen die Kohlensteuer und die rückständige Kohlensteuer seit der Besetzung. Als Gegenleistung werden die beschlagnahmten Metallwaren freigegeben und den Fabriken auf Grund der erlangten Ausfuhrerlaubnis, die Ausfuhr ihrer Produkte auf Grundlage der Exporte von 1922 aufzunehmen.

Die Landesverräter jüden zurück

Die Gewerkschaftsvereine Grötklicher Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ beim Reichskanzler den Antrag gestellt, die Jugenddirektoren im Ruhrgebiet zu verhaften, da sie einen schweren Verstoß gegen die Reichsverfassung und gegen andere gesetzliche Bestimmungen unternehmen hätten. Die inzwischen erfolgte Zurücknahme der Forderungen der Gewerkschaften wird auf Einwirken des Reichsarbeitsministers Dr. Braun zurückzuführen, der in einem Telegramm an die hiesigen Vereine diese Forderung gestellt hätte. (Die Konsequenzen für die Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaft zieht Abgeordneter Genosse Simberg in seinen gestrigen Ausführungen im Saaltag. Vgl. auch „Gewerkschaftliches“.)

Neuer Antrag der Reichsregierung auf Verhandlungen in Brüssel und Paris.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrgebiet hat die Reichsregierung veranlaßt, ihre Forderungen in Brüssel und Paris erneut anzustellen, bei den zukünftigen Verhandlungen um sofortige Aufnahme von Verhandlungen nachzugehen. Diese Verhandlungen sollen in erster Linie der Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet dienen.

Die Gefährdung Deutsch-Oberschlesiens im Fall eines deutschen Bürgerkrieges.

Der gutinformierte Warschauer Berichterstatter des „Frankf. Ztg.“ schreibt: Der Warschauer „Przeglad Wieczorny“, ein Blatt, das nicht gerade durch große Gewissenhaftigkeit in seiner Berichterstattung ausgezeichnet, hat anlässlich der ersten Nachrichten aus Afrika sofort die Nachricht aufgestellt, die Russen hätten plant, in den polnischen Korridor einzufallen, und sie würden in Verbindung mit den Litauern, die sich gleichzeitig Wilnas bemächtigen wollten. Hätte es das Unglück gewollt, daß die Russen einige ansehnliche Erfolge gehabt hätten, so wäre nicht abzusehen gewesen, welche Kreise von dieser „Jucht vor der Sicherheit des Korridors“ noch angefaßt worden wären. Noch schlimmer witzeln über die Vorgänge in Bagera. Man zieht hier ernsthaft einen kommenden Bürgerkrieg in Betracht und man rechnet in diesem Falle mit der Festlegung des Deutschen Reiches. Eine Auswertung des „Kurjer Poranny“ zeigt, was die polnischen Berechnungen gehen. Bei einem Bürgerkrieg, so rechnet man in diesen Kreisen, werden bewaffnete Massen auftreten. Das würde, wie der „Kurjer Poranny“ vertritt, die „interessierten“ Nachbarn ihrerseits zwingen, zur bewaffneten Intervention zu schreiten. An welcher Stelle die bewaffnete Intervention Polens ansetzt, wird hierbei nicht verstanden. Es besteht aber kaum ein Zweifel darüber, daß sie in Deutsch-Oberschlesien zu suchen wäre. Würde Deutschland in nächster, daß es eine Teilung einzelner Teile nicht zu hindern vermöchte oder läme es zu inneren Kämpfen, dann könnte seine Regierung in Polen es wagen, polnischen Truppen den Rückmarschbefehl aus Deutsch-Oberschlesien zu erteilen, selbst wenn sie wirklich einen solchen Befehl erlassen wollte.

Aussichten auf Auslandskapital für Währungsbank und Warentredite.

Die dem Reichskanzler nachstehende „Zeit“ schreibt: In der letzten Zeit sind verschiedene Berichte über Verhandlungen mit amerikanischen Regierungsstellen und auch Finanzkreisen über eine Beteiligung an der deutschen Währungsbank in der Presse erschienen. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß das offizielle Amerika nach wie vor aus seiner Reserve nicht heraustreten wird. Inwiefern ist dagegen, daß amerikanische Bankgruppen Interesse für die deutsche Währungsbank gehabt haben und daß große Aussicht besteht, die Verhandlungen über eine Beteiligung dieser Gruppen zu einem befriedigenden Abschluß zu führen. Ebenso schweben Verhandlungen mit anderen ausländischen Finanzkreisen, die zum Ziele haben, große Warentredite ähnlich dem jetzigen mit Holland abgeschlossenen Abkommen zu erreichen. Auch hierbei besteht große Aussicht auf Erfolg.

Ängere englischen Genossen für Eingreifen Englands in den Ruhrkonflikt.

Der englische Arbeiterführer Genosse Henderson forderte gestern abend in einer Rede in Welsan (Wenlockshire) die englische Regierung auf, unverzüglich eine nicht mißzuverstehende Erklärung über ihre Haltung angeht die neue Lage im Ruhrgebiet abzugeben. Der gegenwärtige Augenblick sei für eine Intervention nicht geeignet. Die Zeit zum Handeln sei gekommen. Die Regierung muß auch für Deutschland auf dessen Recht zur Teilnahme an den Verhandlungen bestehen und sich gegen jede Annexion deutschen Gebietes erklären. In einer Rede in Chelmsford sagte der vormalige Arbeitsminister Clynes, es sei nicht erstaunlich, daß das britische Volk über das jenseitige Dahinsinken, das an die Stelle einer festen Politik getreten sei, immer besorgter werde.

Eintritt der SPD. auch in die Thüringer Regierung?

Die SPD meldet aus Weimar: Die heutigen Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen führten zu einer weitgehenden Uebereinstimmung in der Richtung der Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Die Ermäßigungsätze beim Steuerabzug

werden neuerdings durch das Reichsfinanzministerium laufend der Geldentwertung angepaßt. Der Reichsfinanzminister stellt eine Verhältniszahl fest, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungsätze zu multiplizieren sind. Für die zweite Oktoberwoche (vom 7. bis 13. Oktober) hat der Reichsfinanzminister jedoch die Verhältniszahl auf acht festgelegt. Damit ist nur eine unvollkommene Anpassung der Ermäßigungen an die Geldentwertung erreicht. Nach dieser Neurechnung der Ermäßigungsätze sind vor der Steuerberechnung zum steuerpflichtigen Einkommen folgende Beträge abzuziehen:

Erstgenzminimum für den Mann	57 600 000 M.	möchtlich	13 824 000 M.
die Frau	57 600 000 M.		13 824 000 M.
für jedes Kind	384 000 000 M.		92 160 000 M.
Werbungskosten	480 000 000 M.		115 200 000 M.
Von dem Lohn eines verheirateten Buchdruckers sind also in der Woche vom 4. Oktober bis 10. Oktober vor der Steuerberechnung folgende Beträge abzuziehen:			
Erstgenzminimum für Mann und Frau	27 648 000 M.		
für zwei Kinder	184 320 000 M.		
für Werbungskosten	115 200 000 M.		
zusammen 327 168 000 M.			

Der Tariflohn beträgt für diese Woche 2,5 Milliarden M. Nach Abzug der Ermäßigungsätze von 327 168 000 M. verbleibt ein steuerpflichtiges Einkommen von 2 172 832 000 M. Die Steuer beträgt 10 % dieses Betrages, also 217 283 200 M. Das sind 8,7 Prozent des Einkommens.

Bei der Einführung der laufenden Anpassung der Ermäßigungsätze an die Geldentwertung war vereinbart worden, daß die durchschnittliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Lohnsteuer 5-6 Prozent des Einkommens nicht übersteigen sollte. Es sollte durch die laufende Anpassung vermieden werden, daß mit dem Fortschreiten der Geldentwertung der Gehalt der Lohnsteuer automatisch steigt. Hätte das Ziel erreicht werden sollen, so hätte das Reichsfinanzministerium für die zweite Oktoberwoche einen beträchtlich höheren Multiplikator festsetzen müssen. Statt dessen hat es durch die Festsetzung eines zu niedrigen Multiplikators die Lohnsteuer über das vereinbarte Maß hinaus erhöht. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Steuerausschuß haben deshalb eine zusehende Erhöhung des Multiplikators für die zweite Oktoberwoche beantragt. Wir kommen auf diese Frage noch zurück.

1 Dollar (New York) 1 400 000 000 M.
1 Dollar (Berlin) 2 100 000 000 M.

Das Reich und Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben vor kurzem die Frage aufgeworfen, „ob, wenn Bayern in allen Fragen der Reichseinheit, der Reichshoheit und der Reichspolitik seine Extrawurst gebraten bekommen muß, eine schiefe, friedliche Trennung dem Bürgerkrieg nicht vorzuziehen wäre?“ Das Blatt fügte den an sich gewiß richtigen Satz hinzu:

„Ein Zustand von Reichseinheit, wobei ein Bundesstaat nach dem anderen mit der Reichsgewalt Schindluder treibt, will uns auf die Dauer doch gefährlicher dünken, als eine Einheit in engeren Grenzen, worin aber die Reichsgewalt unbestritten ist.“

Der Vorschlag des Leipziger Blattes dürfte nur für die Deffentlichkeit neu sein, während in politischen Kreisen Berlins ähnliche Gedanken vermutlich schon bei früherer Gelegenheit erwogen worden sind. In der Tat wird durch das Verhalten der Kreise, die zurzeit für Bayern das Wort führen, das Reich vor eine Entscheidung von geschichtlicher Größe gestellt: soll ein Gliedstaat, dessen Leiter sich dauernd weigern, ihre Politik der Reichspolitik unterzuordnen und die übergeordnete Gesetzgebungsgewalt des Reiches anzuerkennen, durch Zwang oder Drohung mit Zwang zur Jügigkeit angehalten oder vor die freiwillige Entscheidung gestellt werden, sich zu fügen oder aus dem Reich auszutreten?

Jedem demokratisch gesinnten Menschen widerstrebt es, irgendwen in einer staatlichen Verband hineinzuzwingen. Auch könnte man sich vorstellen, daß die reaktionären Kreise Bayerns zur Vernunft kämen, wenn man sie, um nochmals mit den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu reden, zwingen würde, „das ewige Spielen mit dem Feuer einmal für 24 Stunden ernst zu nehmen und sich darüber klar zu werden, welche Rolle ein vom Reiche losgelöstes Bayern zu erwarten hätte...“ Ein solches Einlenken wäre möglicherweise die Folge; wahrlich aber würde es ganz anders kommen. Zu viele Leute in Bayern sind von der Idee befallen, daß man sich zunächst einmal vom Norden „vorübergehend“ abschließen müsse, um selber ganz zu sein (das heißt die „Marxisten“ im eigenen Land zu erledigen) und dann die Idee der Gegenrevolution nach Norden zu tragen, als daß der Schreden vor einem erwungenen Auscheiden allgemein würde; nur die bayerische Regierung und die Mehrheitspartei des bayerischen Landtages sind zwar klug genug, um die Tragwürdigkeit jener Gesundheits- und Missionspläne zu begreifen, aber zu schwach und zu wenig mutig, um als wirkungsvolle Warner aufzutreten. Man muß also darauf rechnen, daß die Loslösung gewahrt würde, und daß weite Kreise froh wären, die Schuld an der Trennung auf das Reich abzuheben zu können.

Nach vollzogener Trennung aber würde man in Bayern nicht darauf verzichten, deutsche Politik im Sinne der herrschenden bayerischen Kreise zu machen. Die Versicherungen der bayerischen Minister, daß man in München an eine Reichserlösung nicht denke, sind ja nicht bewußt falsch; man will tatsächlich nur eine Lockerung, keine Lösung des Reichsbundes, und außerdem eine Herrschaft bayerischer Regierungsgrundsätze im ganzen Reich. Es ist gut, sich heute daran zu erinnern, daß Herr v. Kahr einst als Ministerpräsident die Ueberzeugung ausgesprochen hat, der Schwerpunkt des Reiches sei nach Süden verlegt. Diese Idee von der politischen Mission Bayerns im Reich würde verhindern, daß nach der etwaigen „reinklichen Scheidung“ Ruhe wird. Das Schlimmste aber wäre, daß die „deutsche Politik“ Bayerns — mögen auch die heutigen Absichten der betreffenden Kreise ganz andere sein — unvermeidlicherweise mit Hilfe des Auslandes gemacht würde. Der Fall Rißert entspringt nicht vorübergehenden Einfällen einiger französischer Gamashenköpfe, sondern einer dauernden politischen Gefahrenkonstellation. Das vom Reiche getrennte Bayern — gleichgültig, ob es bis zum Main oder nur bis zur Donau reicht — würde zu einem noch schlimmeren Sammelpunkt reichszerstörender Kräfte als der deutsche Gliedstaat Bayern.

Für die Entscheidung, vor die das Reich gestellt ist, gibt es ein großes historisches Beispiel in dem Verhältnis der Nord- und Südstaaten der amerikanischen Union vor Aufhebung der Sklaverei. Damals hat das amerikanische Volk entschieden, daß kein Gliedstaat aus der Union auscheiden darf, weil sonst ausländischen Intrigen Tür und Tor geöffnet wäre. Es steht zum Glück nicht fest, daß auch bei uns die Sache bis

zum Bürgerkrieg durchgeführt werden muß, obwohl selbstverständlich auch äußerste Konsequenzen nicht gescheit werden dürfen. Jedenfalls aber hat das Vorbild der Vereinigten Staaten für uns maßgebend zu sein, denn die Gefahren sind die gleichen, und man kann nur wünschen, daß auch bei uns die Zersplittertheit und Unentschlossenheit des Bundes in der Stunde der Entscheidung einer Klarheit des Blickes und einem Zielbewußtsein des Handelns weicht, das die Sache der Einheit und Freiheit zum Siege führt.

Für die Rentenempfänger!

Die schnell fortschreitende Geldentwertung hat Veranlassung gegeben, in der Mitte des Monats einen zweiten aus der Erhöhung der Teuerungszulage sich ergebenden Rentenbetrag an die Kriegsentner zur Auszahlung zu bringen. Im Gegen-

satz zu den Zahlungen, die am 1. jeden Monats durch die Post in bar erfolgen, ist die zweite Zahlung bisher auf dem Postwege vorgenommen worden. Dieses Verfahren hat zu den häufigsten Verzögerungen und Schädigungen der Rentenempfänger geführt. Heute noch warten Rentenempfänger auf Nachzahlungen aus dem Monat August. Dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterblichen war von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums im Auftrage des Reichsfinanzministers am 26. September angekündigt worden, daß auch die Zahlung zu Mitte eines Monats unter Ausschaltung des Postverkehrs geleistet werden soll. Wäher erwarten mag jedoch das Reichsarbeitsministerium jetzt so große Schwierigkeiten, daß die zu Mitte dieses Monats fällige Zahlung wieder auf dem Wege über den Postverkehr geleistet werden soll. Die Reichspostverwaltung läßt nicht zu begreifen, daß die Vorauszahlung am Posthalter für die gesamte Reichsverwaltung weniger Arbeit und Verwaltungsausgaben verursacht als das Postverkehrsverfahren. Hier muß schnellstens eine Änderung eintreten.

Unsere Reichstagsfraktion begründet ihre Politik.

Die beiden taktischen Auffassungen.

Parteilosen!

Die Krise, die durch den reaktionären Vorstoß gegen den Fortbestand der Großen Koalition eingeleitet war, hat auch die sozialdemokratische Fraktion vor eine besonders schwierige Situation gestellt. In der Beurteilung des Ernstes der Lage war die Fraktion völlig einig. Die Kahr-Diktatur in Bayern verstärkte alle reaktionären Kreise in Deutschland in der Meinung, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei. Anstelle des drohenden Konflikts mit Bayern forderten sie die Unterdrückung Kahrs durch eine rechtsgerichtete Reichsregierung; anstelle einer dem wirklichen Stärkeverhältnis Rechnung tragenden Außenpolitik wollten sie den Bruch mit Frankreich, um den verstärkten Nationalismus in den Diensten ihrer reaktionären Bestrebungen zu steuern und um zugleich die deutschnationale Partei anstelle der Sozialdemokratie zur Teilnehmerin an der Regierungsmacht zu machen. Im Innern aber wollte die Schwerindustrie im Bunde mit der Großlandwirtschaft die so geschaffene Situation dazu ausnutzen, alle sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse zu vernichten, insbesondere den Achtstundentag und die Reihe der Zwangswirtschaft zu beseitigen. Ein irrazionaler Rechtsputsch war im Gange, die Ausschaltung des Parlaments, die Aufrichtung einer Rechtsdiktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse war das Ziel. Geleitet war die Aktion von den schwerindustriellen Vertretern in der deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sie fand ihre Unterstützung in dem Teile der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der noch immer unter dem Einfluß Stegerwalds steht.

Der parlamentarische Vorstoß wurde begleitet und unterstützt durch Putschversuche außerhalb des Parlaments. Die Ereignisse von Kufstein waren nur eine Teilercheinung einer viel größer angelegten Aktion, die auf gewaltsamen Wegen die Rechtsdiktatur zu erreichen suchte.

Angeichts dieser Tatsachen mußte die Taktik der Fraktion entschieden werden. Einig waren sich alle Sozialdemokraten darin, daß an dem Grundsatz des Achtstundentages nicht gerüttelt werden dürfe. Denn das wäre eine Befehlsgewalt, die weder die Partei noch die Gewerkschaften hätten verantworten können. Die Meinungen gingen darüber auseinander, wie am besten der Angriff der Reaktion auf die politischen und sozialpolitischen Positionen der Arbeiterklasse abgewehrt werden könne. Ein Teil der Fraktion ging bei seiner ablehnenden Stellungnahme davon aus, daß der brutale Vorstoß der Deutschen Volkspartei, die Sozialisten aus

der Regierung zu verdrängen oder aber sie unter das Diktat des Schwertkapitals zu beugen, mehr als ein zufälliges Parteimandor sei. Vielmehr handele es sich darum, die bereits in den vorausgegangenen Wochen von den Wirtschaftsverbänden angekündigten Maßnahmen zum Abbar der letzten noch verbliebenen sozialen Errungenschaften — namentlich auf dem Wege der Aufrichtung einer kapitalistischen Diktatur zu verwirklichen. Gegenüber diesem offenen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse durch ihre ausgeprägten Klassengegner könne es kein Ausweichen, auch keinen nochmaligen Heberbrückungsversuch geben, da dieses Vorgehen seinen Grund nicht in der Eigenwilligkeit einzelner Persönlichkeiten habe, sondern in der ökonomischen Entwicklung, der Zuspitzung der Klassengegenstände und der hieraus zwangsmäßig sich ergebenden Notwendigkeit, den Konflikt auszutragen.

Dieser Teil hielt an der Auffassung, in dieser Situation nicht wieder mit dem Klassengegner zu paktieren, auch dann unerschrocken, als Teile der Demokratischen und der Zentrumspartei im Verlaufe der Kabinetskrise erneut versuchten, die Sozialdemokratie — ohne deren Zustimmung die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes unmöglich gewesen wäre — wieder für die Koalition mit der Volkspartei zu gewinnen.

Er glaubte, daß es keinerlei Zurückweichen vor der Deutschen Volkspartei geben dürfe, die insbesondere die Beseitigung des sozialistischen Reichsfinanzministers, die Errichtung einer Diktatur durch Zustimmung zu einem Ermächtigungsgesetz auf finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Gebieten und die Suspensionierung des Achtstundentages forderte. Auch die Vereinbarung, wonach der achtstündige Normalarbeitstag bestehen bleiben, jedoch durch gesetzliche und tarifliche Ausnahmen verlängert werden soll, müsse für die Sozialdemokratie unannehmbar sein.

Er betrachtete die Ausschaltung der Demokratie als die härteste Gefährdung der Republik, zumal die politische Diktatur zeitlich zusammenfällt mit der Beherrschung des militärischen Belagerungszustandes.

Aber auch dieser Teil der Fraktion erkannte an, daß die Fraktionsmehrheit glaubte, durch ihren Beschluß den drohenden Bürgerkrieg verhindern zu können. Da aber die Bourgeoisie zum Bürgerkrieg voll gerüstet sei und ihn nur zurückstelle, solange sie durch die Nachgiebigkeit proletarischer Parteien ihre Klassenziele kompliklos erreichen könne, war die Minderheit der Auffassung, daß der Beschluß der Mehrheit nur eine schleimende Krise schaffe und den Zeitpunkt des Austrags zu Ungunsten des Proletariats hinausjähle.

Der andere Teil der Fraktion gegenüber diesen schwerwiegenden Gründen folgende Auffassung geltend: eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie würde eine Rechtsregierung, die in kürzester Zeit in eine Rechtsdiktatur sich umwandeln müßte, zur Notwendigkeit machen. Dadurch würde auch die Position der Partei in den Ländern sehr stark gefährdet. Die Reichswehr habe sich in der gegenwärtigen Situation als loyal in den Händen einer faschismächtigen Regierung erwiesen. Es sei aber Zweifel, daß eine Rechtsregierung die Reichswehr für ihre Zwecke erst recht zur Verfügung hätte. Nur durch die wachsame Tätigkeit des preußischen Innenministers Severing seien gewaltsame reaktionäre Erhebungen vereitelt worden. Aber diese Tätigkeit würde völlig gelähmt unter der Herrschaft einer Rechtsregierung im Reich. Was aber diese für die Arbeiterklasse bedeute, zeige die Diktatur Kahr in Bayern. Es sei auch kein Zweifel, daß dann die Stellung der Arbeiterklasse im Kampf um ihre sozialpolitischen Interessen außerordentlich verschlechtert würde. Die Kontrolle der Reichsregierung durch sozialistische Minister verringere deshalb die unfehlbaren Gefahren der politischen und sozialpolitischen Reaktion. Außenpolitisch würde aber die Rechtsregierung die letzten Möglichkeiten zu einem erträglichen Verhältnis zu Kommintern durch die innerpolitische Zustände begehrt werden, die noch nie dagewesenes Elend in die deutsche Arbeiterklasse verhängen würden.

Da das Arbeitszeitgesetz und die Rentenversicherung aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen, die grundsätzliche Wahrung des Achtstundentages entgegen der ursprünglichen Forderung der Deutschen Volkspartei gestanden sei, sei das Ermächtigungsgesetz erträglich. Bei dem Ausnahmestand handele es sich aber um einen Machtkonflikt zwischen Bayern und dem Reich. Dieser könne nicht durch eine parlamentarische Abstimmung entschieden werden. Gerade wenn die Reichsautorität gegen Bayern gewahrt werden solle, sei es erforderlich, die sozialistische Minister im Kabinett zu behalten.

Diese letzte Auffassung erhielt in der Fraktion die Majorität. Die Minderheit blieb demgegenüber auf dem Standpunkt, daß ihre Politik mit größerer Sicherheit dem Proletariat die herausstehenden Gefahren gegenüberwärtige und deshalb die Abwehrkraft stärke. Dergegenüber warnte die Majorität vor Illusionen über das Kräfteverhältnis der Klassen, besonders während der Zeit der schweren industriellen Krise. Die Anteilnahme an der Regierung gewähre eine Möglichkeit, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Von allen Seiten wurde betont, daß keine die Fraktion einer schwierigeren Entscheidung gegenüberübergeben habe als diesmal.

Mehrheit und Minderheit waren sich einig in dem Erkenntnis, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstehen. Sollen diese erfolgreich bestehen, so bedarf es ungeachtet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation. Darum fordert die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, treu zur Partei zu stehen, sich im kameradschaftlichen Zusammenstreben an die schweren Aufgaben der nahen Zukunft vorzubereiten und mit aller Energie an einer Erstarfung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung unserer Presse zu arbeiten.

Berlin, den 9. Oktober 1928.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In der Familie.

Von Carl de Kappeler.

„Schau dir den Kopf nach ihm an“, sagte er: „Recht Du, ab Deine Mutter ein Lehramt gemacht hat?“ Er jagte zu antworten: „Ja... ich glaube nicht... nein, lieber, sie hat keine gemacht.“ Frau Carawan nickte ihrem Mann zu in die Augen und sagte dann mit leiser, witziger Stimme: „Siehst Du, das ist wunderbar; denn seit ich geboren werden wir uns auf, um sie zu pflegen, wir geben ihr Medizin und Essen! Deine Schwester hätte das nicht getan, und auch ich nicht, wenn ich gewußt hätte, wie mir besser gehandelt werden würde! Ja, das ist eine Schande, die auf ihren Lebenslauf laßt! Du wirst mir vielleicht sagen, daß sie aus Respekt bezahlt hat; das ist auch, aber bezahlt man etwa mit Geld die Wunden, die Kinder mit ihren Eltern haben; man bezahlt ja etwas durch ein Lehramt nach dem Tode. So brauchen sich Schwester Karle. Das habe ich nun für all meine Mühe und Sorge! Das ist wirklich lächerlich! Das gefällt mir gar!“

Carawan sagte ganz ruhig: „Meine Liebe, meine Liebe, ich bin Dir, ich behaupte Dich.“

Schließlich beruhigte sie sich, und wieder ihren gewöhnlichen Ton annehmend, meinte sie: „Korger, ich will dir Deine Schwester demütigen.“

Er fuhr in die Höhe: „Das ist nicht, dann hätte ich gar nicht gedacht, wie es Log ist, wenn ich behaupte.“

Sie unterbrach ihn: „Sie war eine Frau, die alles vorwärts behauptet hat.“ — „Kann dich nicht erst zwischen dich und ich, damit wir Zeit haben, um zu tun, was sie tun will.“ Frau Carawan lächelte hierüber in höchstem Maße. „Wir haben nachher die Herrin den Kopf geputzt. Wenn man sie nur noch im Lande des Reichstages demütigen, so kann man sein Verstand verlieren.“

Aber Carawan schlug sich vor die Stirn und sagte mit dem üblichen Tonfall, den er hat, wenn er von einem seiner Kinder spricht: „Ich sprach, dessen Lebenslauf allein im Leben stehen mag.“ — „Ja, und auch nach dem Reichstages Reichstag gehen.“ Er meinte: — „Wahrscheinlich dem Reichstag gehen? Bei solchen Leuten ist man immer unzufrieden, wenn man unzufrieden war. Ich habe mich nicht, glaube mir, Dein Kopf kann Dir nicht

loggen und Du sagst ihm überdies noch in eine schöne Verlegenheit.“ „Ja!“ sagte er, „der mich hätte wütend sein, wenn er nicht, daß ich nicht komme.“ „Ja, Du hast Recht, das ist eine glänzende Idee. Wenn ich ihm herauf sage, daß meine Mutter gestorben ist, dann wird er wohl nicht sein.“

So erwiderte er der Mutter über den Streich, den er seinem Korpsekteur spielte, daß er sich verweigert die Hände rief, während über ihm der Körper seiner Mutter lag, neben der das Dienstmädchen lächelnd eingeschlossen war.

Frau Carawan wurde nachdenklich, sie hatte etwas auf dem Herzen, was sie nicht recht in Worte zu fassen wußte.

Schließlich entschloß sie sich: — „Deine Mutter hat Dir doch ihre Güter geschenkt, nicht wahr, die Wägenfigur mit dem Reiter?“ — „Er brachte kein Geschenk an und sagte Käse.“ — „Ja ja, sie hat es einmal gesagt (aber das ist lange her, es war, als sie ja aus war), sie sagte zu mir, die Güter soll Dir einmal gehören, wenn Du gut für mich sorgst.“

Als Frau Carawan über diesen Punkt beruhigt war, wurde sie feiner: — „Siehst Du, dann müssen wir sie haben, denn wenn ich Deine Schwester einmal hier ist, wird sie nicht zugucken, daß wir sie nehmen.“ Er zauderte: „Du glaubst...?“ — „Kannst Du mir sagen?“ — „Wenn ich nicht so bin, ist sie erst hier, dann fragt man mich lange, wann gehört sie uns. Mit der Kommode in ihrem Zimmer, die mit der Marmorplatte, ist es eben, die hat sie mir gegeben, als sie eines Tages bei guter Laune war. Die müssen wir herunterschaffen.“

Carawan nickte dann nicht recht zu glauben. — „Aber meine Liebe, wir überlassen da eine große Verantwortung!“

— „Ich, wirklich?“ rief sie lächelnd, wobei sie sich ganz zu ihm hinüberbeugte. „Wäre Du niemals ein Eindecker haben? Du läßt lieber Deine Kinder Hungers sterben, als Du Dich nicht von dem Tage an, wo sie die Kommode mit geschenkt hat, geschenkt zu haben, nicht wahr? Wenn Deine Schwester damit nicht zufrieden ist, dann kann sie es mir ja sagen! Ich frage sie: was Dein Schwester, Kommode, hat sie mir, damit wir gleich alles herunternehmen, was Deine Mutter uns gegeben hat.“

Er fuhr sich durchs Gesicht und er sah den Kopf und wollte keine Befehle entgegen, daß sie sich nicht zu: „Es verlohnt nicht den Mühe, Dich umzugeben, lächerlich war in den Nachrichten, das genügt, ich gebe auch, wie ich bin.“

So gingen sie beide in ihren Reden wandern, liegen geblieben der Treppe in die Höhe, offenbar vorzüglich die Türe

und traten in das Zimmer ein, wo allein die vier brennenden Kerzen, welche um den Wassernapf mit dem Wehwechel stand, die Aste in ihrer klaren Flamme zu bewachen schienen, denn Karle die mit ausgestreckten Beinen und auf dem Schoß gekauert, Hände unbeweglich im Faulen lag, schloß mit offenem Mund, wobei sie ein leises Schnarchen ertönen ließ.

Carawan nahm die Stuhlle. Er war dieses einer lehrerlichen Gegenstände, wie sie die Kunst des ersten Kaiserreiches häufig herangezogen hat. Ein junges Mädchen vergoldeter Bronze, das Haupt mit Blumen geschmückt, hielt der Hand den Stab eines Yangkallspieles dessen Kugel als Pendel diente. — „Gib mir das“, sagte ihm seine Frau, „und nimm die Marmorplatte der Kommode.“

Er gehobte und hob mit einer bedeutenden Anstrengung die Marmorplatte auf seine Schulter.

Nun zog sich das Ehepaar zurück. Carawan drückte sich der Türe und schloß sich hinter sich, die Treppe hinauf zu Karle, wobei seine Frau, die zurückwärts ging, ihm leuchtete, während die Stuhlle im anderen Arm hielt.

Als sie wieder unten waren, rief sie einen tiefen Seufzer aus: „Das Schwester ist jetzt getan“, sagte sie, „nun laß uns das Übrige holen.“

Die Schwächen waren ganz mit den Lappen der alten Frau angefüllt. Man mußte das irgendwohin werfen.

Frau Carawan hatte eine Idee: „Nimm doch den Tischstoffsack, der auf dem Stuhl liegt; er ist keine wertige Sache, aber kann man hierher stellen.“ Als der Koffer am Fuß stand, begann das Unpacken.

Sie nahmen nacheinander die Manschetten, die Kragen, Hemden und Hosen, alle die ärmlichen Lappen der guten alten Frau, die die hinter ihnen ausgebreitet lagen und verteilte sie regelrecht in dem hölzernen Koffer, um dadurch Frau Karle das andere Kind des Reichstages, die morgen einreisen sollte zu täuschen. Als das beendet war, schaffte sie zuerst die Schuhe heranzu, denn das Hauptstück des Möbels, wobei jeder ein Ende anpacken, wurde überlegen lange, wo es sich setzen machen würde. Sie entließen sich schließlich für die Schließung und stellten die Kommode dem Bett gegenüber zwischen die beiden Krüge.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ermächtigungsgesetz vor dem Reichstag

Präsident Wee eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollten. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbaue der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen. Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz.

Abg. Frölich (Komm.): Das Ermächtigungsgesetz bedeutet die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Sozialdemokratie ist bereit, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, weil jetzt der letzte Versuch gemacht werden muß, die rasch zum Abgrund gleitenden Verhältnisse zu wehren. Nur nationalökonomischen Maßnahmen, wie die Kommunisten, können befreien, daß durch ihre täglich erneuerten Forderungen auf Erhöhung der Reichsausgaben um Billionen die Welt nicht verkleinert wird. Dr. Hilferding hat endlich im Haushaltsausfluß Klarheit über die Verhältnisse geschaffen. Dafür gebührt ihm unser Dank. In der Frage des Achtstundentages ist für die Arbeiter die Note der Regierung Wirth vom 14. November das Auserwählte. Die Regierung frage sich, ob die Zeitungsnachrichten über die Verhandlungen deutscher Industrieller mit Franzosen über die Arbeitszeit richtig sind, wobei sie von General Dewoutte die bestmögliche Antwort erhalten haben sollen, daß er sich in solche innerdeutschen Angelegenheiten nicht einmische. Wer wagt, wir uns gegen die kommunistischen Vorurteile, die Sozialdemokratie unterjochte die Forderungen von Sinnes über die Beschäftigung der Erwerbslosen für Sorge. Der ganze Reichstag weiß doch, daß Sinnes sich bemüht hat, die Sozialdemokratie aus der Regierung fernzuhalten. Der Otto Wolff-Vertrag mit Dewoutte ist der schwerste Eingriff in die Regelung der Reparationsfrage, die ausschließlich Sache der Regierung ist. Das Reichsjustizministerium wird prüfen müssen, ob nicht Landesverrat vorliegt. (Recht. Just. links.) Eine Sanierung der Verhältnisse wird nicht möglich sein ohne Eingriff in das Privateigentum; deshalb muß man die Grundrechte in das Ermächtigungsgesetz einbeziehen. Haben Sie von der kommunistischen Partei doch einiges Vertrauen zur Sozialdemokratie; Sie schreiben doch sonst jeden Tag an uns Briefe, mit uns zusammen in die Diktatur zu übergehen. (Speiters.) Die Sozialdemokratie kann ihre Politik nicht ändern, denn die kommunistische Partei ist viel zu schwach. Auf das Gesetz hier im Reichstag kommt es ja nicht an. (Recht. Weisfall.)

Abg. Wrede (Ztr.): Das Ermächtigungsgesetz soll der schrankenlosen Macht der Kartelle und Syndikate ein Ende machen. Die Verlängerung der Arbeitszeit muß möglichst im Wege der freien Vereinbarung vorgenommen werden. Auch die Arbeiter in allen Oertern. (Münche bei den Soz.) Auf dem Gebiete der Kartellwirtschaft muß in erster Linie Ordnung geschaffen werden. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Dr. Jung (Dsch. Vpt.): Die Regierung ist aus vier Parteien zusammengesetzt und so werden wir zu einer Diktatur der Verhandlung kommen müssen. Der Dewoutte ist darf nicht länger als strafbar betrachtet werden. Der Einzelhandel muß von der Preisstreik-Berordnung befreit werden.

Abg. Walle (Deutschöstr.): Das Gesetz ist ein Kastrierungsgesetz, dem wir nicht zustimmen können. Die Wahrung der besten Ehre fände nicht einem Sozialdemokraten als Innenminister anvertraut werden.

Reichsinnenminister Soltmann: Ich lehne es ab, mich mit Ihnen über die Ehre zu unterhalten, weil ich weiß, daß Sie meinem Ministerium, ohne ein Wort des Widerspruches ein Telegramm übermittelt haben, in dem ein ganzer Landesteil drohte, sich unter die Hoheit eines fremden Staates zu stellen. (Bewegung.) Dieses Telegramm stammt von einer nordischen Insel.

Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder Mann, wenn er sein politisches Gewissen befragt, gegen das Ermächtigungsgesetz eine ganze Reihe ernster Bedenken haben muß. Auch im Schoße der Regierung sind diese Bedenken gewürdigt worden. Ich bitte, das Gesetz nicht an einen Ausschuß zu verwelfen, und zwar wegen der großen Dringlichkeit, die uns zwingt, rasch zu handeln, wenn unser Volk, unser Staatsleben, unsere Wirtschaft und Finanzen überhaupt noch auf den Weg der Gesundheit gebracht werden sollen. Die Reichsregierung ist aus diesem Parlament hervorgegangen und unterliegt auch weiterhin der Kontrolle des Reichstags. Ein Drittel der Abgeordneten hat jederzeit das Recht und die Möglichkeit, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen, und jede Verordnung muß auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden. Die Reichsregierung wird sich gegen jeden Versuch einer illegalen Diktatur zur Wehr setzen. Auch die wirtschaftlich Stärkste wird nicht das Recht haben, eine Diktatur über das deutsche Volk auszuüben. Die Reichsregierung hat die Führung und Verantwortung, und sie wird sich weder Führung noch Verantwortung nehmen lassen. (Weisfall.) Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die Herren Sinnes, Wogeler und Kaldner haben im Auftrag des Bergbaulichen Vereins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhandlungen mit General Dewoutte aufgenommen. Ihre Ansicht, vor der Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem Reichsanwalt Rücksprache wegen der Regierungskrisis und der damit verbundenen Berechnungen der Herren nicht empfangen konnte, als sie in der Reichsanwalt erschienen. Nach der Rückkehr von den Verhandlungen berichteten die Herren an den Reichsanwalt unverzüglich das Ergebnis. Die Reichsregierung konnte bisher zu den aufgeworfenen schwierigen Fragen keine Stellung nehmen, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und Brüssel Anweisung erhalten haben, eine Meinungsäußerung der dortigen Regierungen über die mit der Arbeitsaufnahme an Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen; die Berichterstattung hierüber muß zunächst abgewartet werden. Ich richte nochmals an das Haus die Bitte, ohne Verzögerung dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, damit der Weg zum rettenden Ater frei werde. (Weisfall.)

Die Abg. Walle (Soz.), (Ztr. Bauernbund) und Ledebour (U.-Soz.) lehnen das Ermächtigungsgesetz ab. Abg. Walle (Deutschöstr.): Die Bedrohung der Insel Borkum hat sich über kommunistischen Terror besagt und in einem Telegramm erklärt, wenn kein Banbel eintrete, werde man sich unter holländischen Schutz stellen. (Große Unruhe.) Als Abgeordneter bin ich verpflichtet gewesen, dieses Telegramm sofort an das Innenministerium weiterzuführen. (Unruhe.) Reichsminister Soltmann: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß Herr Abgeordneter Walle ein Telegramm, das mit Hochverrat drohte, ohne eine Wort des Widerspruches an den Herrn Reichsminister des Innern weitergeleitet hat. Auch heute hat Herr Walle kein Wort des Widerspruches gefunden. (Große Unruhe.)

Reichsminister Soltmann: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß Herr Abgeordneter Walle ein Telegramm, das mit Hochverrat drohte, ohne eine Wort des Widerspruches an den Herrn Reichsminister des Innern weitergeleitet hat. Auch heute hat Herr Walle kein Wort des Widerspruches gefunden. (Große Unruhe.)

Der Reichstag hat um 11 Uhr abends das Ermächtigungsgesetz in zweiter Beratung angenommen. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, der die Leistungen aus der Erwerbslosenfürsorge schlechthin aus dem Rahmen des Ermächtigungsgesetzes ausnehmen wollte. Dagegen wurde ein Zentralantrag angenommen, der diese Herausnahme nur für die Leistungen aus der Erwerbslosenversicherung vorseht. Auf Widerspruch der Kommunisten, dem die Deutschnationalen zustimmten, muß die dritte Beratung des Gesetzes auf Donnerstag vertagt werden.

Präsident Wee eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollten. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbaue der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen. Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz.

Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder Mann, wenn er sein politisches Gewissen befragt, gegen das Ermächtigungsgesetz eine ganze Reihe ernster Bedenken haben muß. Auch im Schoße der Regierung sind diese Bedenken gewürdigt worden. Ich bitte, das Gesetz nicht an einen Ausschuß zu verwelfen, und zwar wegen der großen Dringlichkeit, die uns zwingt, rasch zu handeln, wenn unser Volk, unser Staatsleben, unsere Wirtschaft und Finanzen überhaupt noch auf den Weg der Gesundheit gebracht werden sollen. Die Reichsregierung ist aus diesem Parlament hervorgegangen und unterliegt auch weiterhin der Kontrolle des Reichstags. Ein Drittel der Abgeordneten hat jederzeit das Recht und die Möglichkeit, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen, und jede Verordnung muß auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden. Die Reichsregierung wird sich gegen jeden Versuch einer illegalen Diktatur zur Wehr setzen. Auch die wirtschaftlich Stärkste wird nicht das Recht haben, eine Diktatur über das deutsche Volk auszuüben. Die Reichsregierung hat die Führung und Verantwortung, und sie wird sich weder Führung noch Verantwortung nehmen lassen. (Weisfall.) Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die Herren Sinnes, Wogeler und Kaldner haben im Auftrag des Bergbaulichen Vereins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhandlungen mit General Dewoutte aufgenommen. Ihre Ansicht, vor der Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem Reichsanwalt Rücksprache wegen der Regierungskrisis und der damit verbundenen Berechnungen der Herren nicht empfangen konnte, als sie in der Reichsanwalt erschienen. Nach der Rückkehr von den Verhandlungen berichteten die Herren an den Reichsanwalt unverzüglich das Ergebnis. Die Reichsregierung konnte bisher zu den aufgeworfenen schwierigen Fragen keine Stellung nehmen, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und Brüssel Anweisung erhalten haben, eine Meinungsäußerung der dortigen Regierungen über die mit der Arbeitsaufnahme an Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen; die Berichterstattung hierüber muß zunächst abgewartet werden. Ich richte nochmals an das Haus die Bitte, ohne Verzögerung dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, damit der Weg zum rettenden Ater frei werde. (Weisfall.)

Die Abg. Walle (Soz.), (Ztr. Bauernbund) und Ledebour (U.-Soz.) lehnen das Ermächtigungsgesetz ab. Abg. Walle (Deutschöstr.): Die Bedrohung der Insel Borkum hat sich über kommunistischen Terror besagt und in einem Telegramm erklärt, wenn kein Banbel eintrete, werde man sich unter holländischen Schutz stellen. (Große Unruhe.) Als Abgeordneter bin ich verpflichtet gewesen, dieses Telegramm sofort an das Innenministerium weiterzuführen. (Unruhe.) Reichsminister Soltmann: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß Herr Abgeordneter Walle ein Telegramm, das mit Hochverrat drohte, ohne eine Wort des Widerspruches an den Herrn Reichsminister des Innern weitergeleitet hat. Auch heute hat Herr Walle kein Wort des Widerspruches gefunden. (Große Unruhe.)

Reichsminister Soltmann: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß Herr Abgeordneter Walle ein Telegramm, das mit Hochverrat drohte, ohne eine Wort des Widerspruches an den Herrn Reichsminister des Innern weitergeleitet hat. Auch heute hat Herr Walle kein Wort des Widerspruches gefunden. (Große Unruhe.)

Der Reichstag hat um 11 Uhr abends das Ermächtigungsgesetz in zweiter Beratung angenommen. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, der die Leistungen aus der Erwerbslosenfürsorge schlechthin aus dem Rahmen des Ermächtigungsgesetzes ausnehmen wollte. Dagegen wurde ein Zentralantrag angenommen, der diese Herausnahme nur für die Leistungen aus der Erwerbslosenversicherung vorseht. Auf Widerspruch der Kommunisten, dem die Deutschnationalen zustimmten, muß die dritte Beratung des Gesetzes auf Donnerstag vertagt werden.

Präsident Wee eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollten. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbaue der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen. Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz.

Präsident Wee eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollten. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbaue der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen. Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz.

Präsident Wee eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollten. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbaue der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen. Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz.

Präsident Wee eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollten. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbaue der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen. Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz.

Präsident Wee eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollten. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbaue der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen. Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz.

treuloher Weise hat eine Vertragspartei die bestehenden Verträge gebrochen. Die Abwehr der Arbeiterorganisationen ist erfolgt und wird weiter geführt werden. Wir verlangen die Einhaltung der Gesetze und der Tarifverträge. Der Gehalts der Arbeitgemeinschaft hat in den letzten Tagen vernichtende Schläge erhalten. Die Verhandlungen zwischen Sinnes und Dewoutte haben viel böses Blut gemacht. Wir fordern energische Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittellieferung. Zur Staatsregierung haben wir das Vertrauen, daß sie mit harter Hand durchgreift gegen Falsche von rechts und von links. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Bennewitz (Ztr.): Mit tiefstem Schmerz haben die Rheinländer die Aufgabe des passiven Widerstandes hinnehmen müssen; aber sie war notwendig, um nicht das ganze deutsche Volk zusammenbrechen zu lassen. Mit den separatistischen Bestrebungen hat das rheinische Volk nichts gemein. Der Gehalt muß zu Opfern bereit sein.

Abg. v. Lindner-Wildau (Dittl.): Die „Ehrenpunkte“, die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Bettelbrenner, sind nicht mit der erforderlichen Energie geltend gemacht worden. Als geeigneten Mann für diese Aufgaben stellt man Herrn Dr. Breitscheid an, der, wie ich höre, soeben das Agrement als Botschafter in Paris erhalten hat. Den Sozialdemokraten habe ich das Wort Rede vor: „Schließlich gibt es einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaben fragen darf. Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles legt an ihre Ehre, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsbütter behandeln läßt!“ (Stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen frei werden von der unseligen Idee, daß ohne die Sozialdemokraten nicht regiert werden kann. Breiten wird nicht zugrunde gehen, weil nach Kräfte vorhanden sind, die an dieses Breiten glauben. (Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen. Lärm links.)

Abg. Dr. Kalle (D. Vpt.): Die Behauptung des Vorredners, Dr. Breitscheid sei zum Botschafter in Paris ernannt worden, trifft nicht zu. (Stürmischer Beifall.)

Abg. v. Lindner-Wildau: Die Nachricht hat in der Presse gestanden.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch.

Die Abg. Walle (Soz.), (Ztr. Bauernbund) und Ledebour (U.-Soz.) lehnen das Ermächtigungsgesetz ab. Abg. Walle (Deutschöstr.): Die Bedrohung der Insel Borkum hat sich über kommunistischen Terror besagt und in einem Telegramm erklärt, wenn kein Banbel eintrete, werde man sich unter holländischen Schutz stellen. (Große Unruhe.) Als Abgeordneter bin ich verpflichtet gewesen, dieses Telegramm sofort an das Innenministerium weiterzuführen. (Unruhe.) Reichsminister Soltmann: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß Herr Abgeordneter Walle ein Telegramm, das mit Hochverrat drohte, ohne eine Wort des Widerspruches an den Herrn Reichsminister des Innern weitergeleitet hat. Auch heute hat Herr Walle kein Wort des Widerspruches gefunden. (Große Unruhe.)

! Stoffe für Anzüge und Kostüme !

Teillzahlung

ohne Aufschlag auch bei Geldentwertung, also fester Papiermarkpreis! **Lohestr. 15**

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Ortsgruppenführer!

Die Ortsgruppenführer des Kreises Breslau werden ersucht, die Beitragsmarken für die 42. bis einschließlich 52. Woche nach dieser Woche im Parteisekretariat abzugeben.

Die Ortsgruppenführer des Kreises Neumarkt, die in Breslau arbeiten oder zufällig in Breslau anwesend sind, werden ebenfalls gebeten, die Marken sich abzuholen.

U. Kleinert.

Aus Schlessien.

An die Ortsvereine!

Der Parteivorstand und Parteiauschuß haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 6. Oktober cr. beschlossen, die Beiträge zu verdoppeln.

Demnach beträgt der Beitrag:

für die 41. Woche für männliche Mitglieder	.. 10 000 000 M.
für die 41. Woche für weibliche Mitglieder	.. 4 000 000 M.
für die 42. Woche für männliche Mitglieder	.. 20 000 000 M.
für die 42. Woche für weibliche Mitglieder	.. 8 000 000 M.

Die Ortsgruppenführer und Kassierer werden gebeten, diesen Beschluß genau zu beachten und überall zur Durchführung zu bringen.

Desgleichen bitten wir unsere Mitglieder, die Notwendigkeit dieser Beitragshöhe einzusehen und den Kassierern ihr obnehin schweres Amt so viel wie möglich zu erleichtern.

Gestossen, die obigen Sätze sind das mindeste, was die Partei braucht, um leben zu können. Aus ein jeder seine Pflicht, dann wird auch die Partei ihre Aufgaben erfüllen können.

Der Bezirkssekretär:
J. U. G. Schölich, E. Janotta.

Maatissa. Im Staubeden der Laiparre sind in der letzten Zeit von Sportanglern Fische gefangen worden, und zwar starke Exemplare im Gewicht von drei bis vier Pfund.

Blegny. Gaspreise nach Goldmark. In der Stadtverwaltung wurde beschlossen, die Gaspreise nach Goldmark zu berechnen, da das Gaswerk bei der letzten Berechnung eine Million Schulden machen mußte. Der Preis für gewöhnliches Gas wurde auf 0,30, für Kältegas auf 0,34 Goldmark gegen 0,14 Mark vor dem Kriege festgelegt.

Sachsen. Das Jägerbrot. Der frühere Revierförster Noack, welcher von den Franzosen aus Reich vertrieben worden ist, wurde hier, da er seinen Beruf nicht ausüben konnte, zum Wildwächter ernannt. Er schloß auf den Bertelsdorfer Gemeindegarten zwei Hasenbänke, eine Wildente und Kaninchen. Urteil: Drei Monate Gefängnis.

Görlitz. Freiheit eines Bauern. Bei einem kleinen Händler hat ein Landwirt einen zum Verkauf von 18 Millionen Mark zu Pfund an. Als der Händler sich gegen diesen unverschämten Preis wandte, sagte der Bauer: „Der Zusammenbruch kommt ja hoch, da wollen wir ein bißchen helfen, daß es schneller geht.“ Es ist unerschöpflich, was dieser Landwirt sich erspart hat. Der Händler kennt eben keine Grenzen. Besonders der Obstbauer zittigt Preise, die es dem Volke unmöglich machen, sich an den Kindern einmal ein paar Pfund Obst zu kaufen.

Politische Debatte im preußischen Landtag.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung. Das Andenken des Abgeordneten Holz (Soz.) ehrt das Haus durch Erheben von den Plätzen. Dann erhält das Wort

Ministerpräsident Braun:

(von den Kommunisten mit kühnen Zusätzen empfangen: Nieder die Große Koalition!) Das deutsche Volk schuldet dem Reichsanwalt Stresemann den größten Dank, daß er den Mut gefunden hat, die schwere Verantwortung für den Abbruch des passiven Widerstandes auf sich zu nehmen. Die Folgen der Geldentwertung sind bedauerlich schlimm für die Erhaltung und hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Die Staatsregierung hat sich bereits mit einem Anlauf an die Öffentlichkeit gewandt, um die äußerste Not zu mildern. Soweit es angeht, werden auch Staatsmittel bereitgestellt werden müssen. Es ist wertvoller, die Erwerbslosen durch Verbesserung von Arbeit zu unterstützen, als ihnen die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. (Sehr wahr!) In Preußen ist mehr als jede andere Reichslandsarbeit eine Bodenverbesserung. Das Verfahren der produktiven Erwerbslosenfürsorge erscheint auch im Interesse sparsamer Verwendung von Reichs- und Staatsmitteln geboten.

Reich, Staat und Gemeinden leiden heute gleichmäßig Not; ihre Einnahmen decken nur einen ganz geringen Bruchteil ihrer notwendigen Ausgaben. Eine große Anzahl von Steuern werden nicht einmal mehr die Veranlagungskosten. Wir hoffen, daß die Einnahmen der von Reich, Staat und Gemeinden erhobenen Steuern ganz automatisch mehr und mehr wertbeständig gestaltet werden. Nur dann sind Reich, Staat und Gemeinden in der Lage, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Auch in

Preußen müssen die dem Staate noch verbleibenden Steuerquellen bis zum letzten ausgeschöpft werden. Den Ländern und Gemeinden müssen außerdem neue Steuerquellen eröffnet werden. Wir brauchen einen festen Wertmesser. Preußen hat deshalb der Vorlage der Reichsregierung, durch die Einrichtung einer Währungsbank dem deutschen Reich und der deutschen Wirtschaft eine feste Währung zu geben, zugestimmt. Daß ein großes, intelligentes und selbstbewusstes Volk bei vollen Scheitern verhungert, wie Graf Beckap im Reichstage ausführte, ist nicht zu ertragen. Die Lebensmittel müssen dem Volk in ausreichender Weise zugeführt werden. Die Bekämpfung des Wuchers wird außerordentlich erschwert. Der Ausgangspunkt für die Preisstrebungen auf allen Gebieten befindet sich bei Kohle und Eisen. Der Preisgestaltung dieser Produkte muß nachgegangen werden. Niemand hat Reichtum und bitterste Armut so nahe beieinander gewohnt wie jetzt bei uns. Bewaffnete Haufen treiben sich im Lande umher und begehen Gewalttaten. Dabei geht es jetzt um Sein oder Nichtsein des deutschen Reiches.

Der Reichspräsident sah sich gezwungen, in Übereinstimmung mit der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung den Ausnahmezustand zu verhängen. (Stürmisches Applaus bei den Kommunisten.) Dadurch ist es gelungen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes wird die Reichs- und die Staatsregierung alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsehen, sei es gegen rechts oder links. (Recht. Weisfall.)

Abg. Stumberg (Soz.):

Wir sind der Aufgabe des passiven Widerstandes müde, wir sind müde, jetzt gilt es, die Produktion im Ruhrgebiet wieder aufzurichten. Der Ruhrkampf gegen die Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft wird von der gesamten Arbeiterschaft aufs heftigste abgelehnt werden. Die letzten Vorgänge im Ruhrgebiet waren unerhörte; in

Waschen Sie schon mit Feurio?

Dann ist Ihnen auch schon aufgefallen, wie leicht die Arbeit ist, wie weich und duftend die Wäsche wird und wie wenig Ihre Hände anspruchsvoll sind.

Feurio Haushaltsseife enthält 30% Fett.

ist daher die beste und sparsamste.

Vereinigten Seifenfabriken Stuttgart U. G.

Gewerkschaftsbewegung.

Auch der „Gewerkschaftsring“ hält die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr für tragbar.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des „Gewerkschaftsringes“ deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände“ fasste den einstimmigen Beschluss, an den Vorstand des Ringes das dringende Ersuchen zu richten, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuschleichen. Maßgebend für diesen Beschluss war die Ermahnung, das schwerindustrielle Unternehmen durch seine in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen gegen die Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation verstoßen, sich willkürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinweggesetzt habe, damit sie die Voraussetzung für ein erprobtes Zusammenarbeiten in der Zentralarbeitsgemeinschaft schuf. Der Vorstand des Gewerkschaftsringes wird, wie die „Rostocker Zeitung“ meldet, angesichts der Tragweite dieses Entschlusses alsbald den großen Ausschuss des Ringes zur endgültigen Beschlussfassung einberufen.

Deutscher Verkehrsbund.

Die Tarifverträge für die Kohlenarbeiter, sowie auch für Spedition, Möbeltransport und Schieferwerk sind für die Woche vom 8. bis 13. Oktober fertiggestellt und können in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und 5 bis 7 Uhr nachmittags in unserem Büro, Hauptstraße 17, gegen Vorlegung des ordnungsmäßigen Mitgliedsbuches abgeholt werden.

Die Sektionsleitung.

Der schlesische Arbeitsmarkt.

Kohlenbericht für die Zeit vom 23. bis 29. September 1923.

Auch in der Berichtswache zeigte sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage fort. Die Anforderungen der Zuckerraffinerien brachten fast keine Entlastung der Arbeitsmarktlage.

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitskräften, trotzdem die Kartoffelernte im vollen Umfange eintrug, geringer als in der Vorwoche, weil sich genügend Arbeitskräfte zum Kartoffelberausnehmen freiwillig bei den Landwirten meldeten, ohne den Arbeitsnachweis zu berühren. Auch die Nachfrage nach jüngeren weiblichen und männlichen Arbeitskräften ging zurück. Landarbeiterfamilien waren nicht untersubordiniert. Die Vermittlungstätigkeit für Güterbeamte sowie Schweißer und Gärtner lag vollkommen still.

In der Industrie der Steine und Erden wird in fast sämtlichen Bezirken und Glasfabriken des Saganer Kreises fast nur noch gearbeitet. Im Pieschauer Bezirk hat eine Zigarettenfabrik weitere Arbeitskräfte entlassen müssen; ebenso ist in Langenbickau Kreis Reichenbach, die Dampfzuckerfabrik der Firma Chr. Dierig stillgelegt worden und hat 50 Arbeitskräfte entlassen. Im Hirschberger Bezirk wurde die Glaswarenfabrik S. Seidel-Grosmann und die Glasfabrik R. Klose in Warmbrunn stillgelegt werden. Die Steinbrücheindustrie im Streblener Bezirk, die fast stillgelegt, konnte einige 20 Arbeitskräfte zum Verladen von Steinen einstellen. In Striepen fanden einige Vermittlungen zu den dortigen Steinbrüchen statt. In Falkenberg hat die Porzellanfabrik Schlegelmisch in Tallowitz einen Teil der Belegschaft, nachdem bereits Kurzarbeit bestand, entlassen. Die ober-schlesische Kalk- und Zementindustrie ist nur schwach beschäftigt und arbeitet nur an drei Tagen in der Woche; Entlassungen sind bereits vorgenommen worden.

In der Metallindustrie hielt die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der Berichtswache gleichfalls an. In Breslau nahm die Großindustrie weiter starke Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen vor, jedoch jetzt fast in allen Betrieben Kurzarbeit eingeführt ist. Auch wurde beobachtet, dass eine ganze Anzahl selbständiger Gewerbetreibender ihr Gewerbe infolge Arbeitsmangel aufgab und sich in die Rufe der Arbeitsuchenden eintrug. Auch in der ober-schlesischen Metallindustrie ist die Arbeitsmarktlage wenig günstig. Lediglich in Gleiwitz konnte das dortige Werkstättenamt eine Anzahl gelernter und ungelernter Arbeitskräfte einstellen. In Ratibor wurden die Planierte Kurzarbeit einführen, ebenso im Hirschberger Bezirk die Zuckerraffinerie in Warmbrunn. Im Grottkauer Kreise führte die Maschinenfabrik Klingens in Halberndorf weitere Kurzarbeit ein (wöchentlich 25 Stunden), ebenso im Pieschauer Bezirk das Kraftwagenwerk S. Hartmann.

In der Papierindustrie ist der Rückgang im Beschäftigungsgrad nicht so umfangreich als in der Vorwoche gewesen. Im Reichenbacher Bezirk konnten die angeforderten Betriebsstilllegungen bisher vermieden werden, es fanden jedoch weitere Einschränkungen der Arbeitszeit statt. Im Saganer Bezirk fanden nur Arbeitszeitverkürzungen in einigen kleineren Betrieben statt. In Pieschau mussten drei Holzwarenfabriken die angeforderten Stilllegungen vornehmen. Ebenso fanden in Freystadt NSch. bei der Zuck- und Wollspinnerei und Weberei Gebr. Sandberg Entlassungen von ca. 40 Arbeitskräften statt.

Aus der Papierindustrie wird von einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit bei der Papierfabrik Berger & Dittrich im Hirschberger Kreise berichtet.

Im Holz- und Schnitzholzwirtschaft hat der Rückgang der Beschäftigungsverhältnisse weiter an. Im Hirschberger Bezirk haben die Möbelwerke „Kutta“ in Arnsdorf, die Holzindustrie Böhnerndorf, die Grunauer Holzindustrie sowie die Holzfabrik Heßling in Krümmenbühl den Betrieb stillgelegt. Im Grottkauer Kreise entließ das Grünfelder Sägewerk eine Anzahl Arbeitskräfte, ebenso in Pieschau die Korb- und Rohrwarenfabrik Rautsch und die Möbelfabrik Hermann Marz. Im Pieschauer Bezirk wurde die Firma Gärtner, Luxusmöbelfabrik und A. Götsch, Möbel- und Kunstschneiderei, im Streblener Bezirk gab der Lege erhaltene Textil die Veranlassung zur Entlassung der in der Textilindustrie noch beschäftigten Arbeitskräfte.

In Nahrungs- und Genussmittelgewerbe konnten bereits Einstellungen zu den Zuckerraffinerien beobachtet werden, doch übten diese keinen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsmarktlage im allgemeinen aus. Im Streblener Bezirk hat die Konzentration in Gursch zeitliche Beschäftigungsmöglichkeiten, ebenso fanden hier bei der neu eröffneten Schokoladenfabrik etwa 20 weibliche Arbeitskräfte Einstellung. In Ohlau entließ die Zigarettenfabrik D. Dezer etwa 20 männliche

Arbeitskräfte. In Strehlen ist die Tabakindustrie vollständig stillgelegt worden.

Im Bekleidungs-gewerbe hat die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, namentlich in Breslau, sehr stark zugenommen. Am meisten betroffen wurde hierdurch die Konfektionsindustrie und die Maßschneiderei, sowie die Breslauer Schuhfabriken.

Im Baugewerbe ist die Arbeitsmarktlage durchweg ungünstig. Entlassungen in größerem Umfange wurden fast überall beobachtet, bis auf den Habelschwerdter Bezirk, wo die Arbeitsmarktlage noch verhältnismäßig günstig ist; im Grottkauer Kreis wird die UEG. in Jawadzi ein Kraftwerk errichten, wobei etwa 100 Arbeitskräfte Beschäftigung finden werden.

Im Verkehrsgewerbe haben sich die Reibereien geäußert, infolge des niedrigen Wasserstandes die von ihnen beschäftigten Schiffer zu entlassen, so daß auch hier die Zahl der erwerbslosen Schiffermannschaften außerordentlich stark gestiegen ist.

Für kaufmännische Angestellte ist nach wie vor die Arbeitsmarktlage äußerst ungünstig. Gekocht wurden lediglich qualifizierte Arbeitskräfte. Auch für Büroangestellte hat sich die Lage weiterhin ungünstig entwickelt. Von Teilnehmern aller Art ist daselbst zu berichten.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugskopie beiliegen. Bezugskopien erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Verlagsstellen oder Trägerinnen; die Postbesitzer haben die Postkarte zu bekleben. Sprechtunde der Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags.

A. M. Wo man eine Drehsäge auf Abfall kaufen kann, das wissen wir nicht. Vielleicht geht uns auf diese Notiz aus unserem Briefkasten eine Mitteilung zu, von der wir Ihnen dann Kenntnis geben werden.

Bereinstalender.

Aktion, graphische Berufsangehörige! Morgen Donnerstag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Allgemeine graphische Versammlung. Tagesordnung: Beiträge und Leistungen in der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Erscheinen aller graphischen Berufsangehörigen ist Pflicht. Das Graphische Kartell.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Donnerstag, den 11. Oktober, abends 6 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: Sitzung der Delegation der Betriebe des Verbandes Schlesischer Metallindustrieleiner Maschinenfabriken, Automobilwerkstätten, Chirurgiemechanik, Karosserietriebe, Elektrotechnische Gewerbe und Fein- und Weibsch-Industrie.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau. Donnerstag, den 11. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses eine Vertreter- und Delegierten-Sitzung statt. Vertreter- und Delegiertenkarte legitimiert. Die Ortsverwaltung, Ortsgruppe Ithans, BSWD. Freitag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr, bei Peier in Groß-Möhring: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Kaufmann. Mitgliedsbuch mitbringen. Der Ortsgruppenführer.

Familien-Anzeigen

Am 8. Oktober verschied unser Mitglied, der **Monteur Oswald Franzke** im Alter von 41 Jahren. 2662

Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Damsdorf aus.
Trauerhaus: Erigenthal 19. Distrikt 25.

Neue Höchstpreise für Kohlen und Bräuel.

I. Sie betragen für den Zentner ab 10. Oktober 1923:

ab Lager frei Haus frei Keller:	
a) Stiel, Bräuel, Kohl 600 000 000 618 000 000 617 100 000 300	
b) Braunkohlenbräuel 410 000 000 428 000 000 427 500 000	

II. Ermäßigung für den Zentner frei Haus und frei Keller:

bei mehr als 10-20 Zentner 600 000 300	
30-50 " 1 700 000	
50 " 2 200 000	

III. Ermäßigung für den Zentner bei Abnahme über 50 m zwischen Bestimmungsort und Lagerort oder Abnahme von wenigstens 6 Stufen bei Eisenkohlen 2 150 000 300, bei Braunkohlenbräuel 2 250 000 300.

Der Magistrat.

Bekanntmachung der Winterkassenarbeiten.

1. Die Winterkassen für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924 können bereits im Monat Oktober besichtigt werden, und zwar die Zentner- und Zehner-Kassen (Nr. 11-14) bei den:

A mit je 2	Zentner = je 8 Zentner
B " 3 1/2	" " 10 "
C " 5	" " 12 "
D " 7 1/2	" " 14 "
E " 10	" " 16 "
F " 12 1/2	" " 18 "
G " 15	" " 20 "
H " 17 1/2	" " 22 "
I " 20	" " 24 "

2. Eine Besichtigung der genannten Kassen nach dem 31. Oktober ist nachher nicht gestattet.

Magistrat. — Kohlenverforgung. 2659

Freie Volkshochschule für Volkshochbildung

Neue Kurse:

1. Psychologischer Kursus.
Das gesamte Seelenleben und seine körperlichen Grundlagen, die sog. „tiefenpsychologischen“ der Hypnotismus, die Suggestion, die „oldenburger“ Phänomene etc., die geistige Erleuchtung u. a. m. werden in Referaten, Arbeitsgemeinschaften, Experimenten und Übungen praktisch behandelt.
2. Kursus für Hygiene des Geschlechtslebens und Ehegutes.
mit besonderer Berücksichtigung der Geschlechtskrankheiten, der Empfängnisverhütung und der Fruchtbarkeit.
3. Interessenten-Vorlesung.
am Freitag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Gewerkschaftssaal, Zimmer 10.

Ausführliche Prospekte kostenlos in Gewerkschafts-Sekretariat. 2658

Sozialdemokratisches und Landwirtschaftliches

von Georg Schmidt

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolportageen entgegengenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: Graf Junack, für die Anzeigen: Reg. Totus, — Redaktions-Geschäftsstelle: Hauptstraße 17, 2. Stockwerk, 2. Etage.

Stadttheater.

Mittwoch 7 Uhr:
Der ferne Klang.

Donnerstag 7 Uhr:
Lustspiele.

Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Nachtglocke. Hierauf: Klein Ibsen's Stimm.

Schauspielhaus.

Operettenabende. Tel. Ring 255

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Schauspiel **Edith Karla Katja, die Tänzerin.**

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Schauspiel **Edith Karla Katja, die Tänzerin.**

Freitag 7 1/2 Uhr:
Schauspiel **Edith Karla Katja, die Tänzerin.**

Sonntags 11 Uhr:
In neuer Ausstattung **Des Königs Hochzeit**

Samstag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Mittelspiel **Über Hagen und Der Cauterion.**

Theater-Theater

Telefon Ring 6700

Täglich 7 1/2 Uhr:
Der lustige Schwanz **Der milde Theodor** mit Ludwig Süssel.

Singakademie.

Sonntags, d. 11. Oktober, abends 8 Uhr
in der Magdalenenkirche **Ein deutsches Requiem** von Johannes Brahms.
Karten von Mittwoch ab bei Rahner und in der Kom.

Zeltgarten.

Lehr- und Musikschule
Täglich 8 Uhr:
Das fabelhafte **Wälderparadies**

Bekanntmachung.

Unter Mitwirkung des Regierungs-Verwaltungsamtes für 1923, Seite 300 — bestimmte ich auf Grund des § 41 b der Gemeindeordnung für den Umfang des Stadtkreises Breslau wie folgt:

In allen Gassen und Hintergassen ist die Reinigung jeglicher gewerblicher Tätigkeiten im Freien- und Betriebsunternehmungen, gleichwohl ob für oder ohne Befugnis, in den Gehäusen, in der Wohnung, sowie außer dem Hause verboten.

Bei zwei aufeinander folgenden Verletzungen darf am zweiten Tage — im Sommer von 8-11 Uhr, im Winter von 9-12 Uhr — die gewerbliche Tätigkeit im Freien- oder Betriebsunternehmungen, sowie außer dem Hause ausgesetzt werden. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Breslau, den 6. Oktober 1923.
Der Regierungs-Präsident.
J. L. Dr. Kaufmann.

Die Volkshochschule als Einheitschule

Von Dr. Max Apel.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolportageen entgegengenommen.

Konzertdir. Hoppo.

Beide 7 1/2 Uhr:
Tanz-Abend
Ester **Naparstok.**

Donnerstag-Freitag:
2 heitere Abende
Innov **Plaut.**

Sonntags:
Lieder zur Leuts
Sepp **Summer.**

Montag:
Klingler-Quartett.
Karten: Musikhall. Hoppo.

Elwino.

und weitere
10
gewaltige
Attraktionen
täglich 7 1/2 Uhr
in
MARMORHAUS

Elwino.

und weitere
10
gewaltige
Attraktionen
täglich 7 1/2 Uhr
in
MARMORHAUS

Bekanntmachung.

Unter Mitwirkung des Regierungs-Verwaltungsamtes für 1923, Seite 300 — bestimmte ich auf Grund des § 41 b der Gemeindeordnung für den Umfang des Stadtkreises Breslau wie folgt:

In allen Gassen und Hintergassen ist die Reinigung jeglicher gewerblicher Tätigkeiten im Freien- und Betriebsunternehmungen, gleichwohl ob für oder ohne Befugnis, in den Gehäusen, in der Wohnung, sowie außer dem Hause verboten.

Bei zwei aufeinander folgenden Verletzungen darf am zweiten Tage — im Sommer von 8-11 Uhr, im Winter von 9-12 Uhr — die gewerbliche Tätigkeit im Freien- oder Betriebsunternehmungen, sowie außer dem Hause ausgesetzt werden. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Breslau, den 6. Oktober 1923.
Der Regierungs-Präsident.
J. L. Dr. Kaufmann.

Brauchen Sie Geld

wann sind Sie da so müde, meine Gnädigste? Denken Sie doch an Ihre ausgefallene Haare, für welche Sie heute einen sehr hohen Preis erzielen. Verkaufen Sie Ihr ausgefallenes Haar ausschließlich und nur durch die mit meinem Fabrikat versehenen Aufkaufkarten oder bringen Sie das Haar direkt in meine Fabrik. Sie erhalten bei mir stets mehr als den höchsten Tagespreis. Lassen Sie sich nicht durch andere Zusicherungen abhalten.

Breslau
Gräßhenerstr. 90

Ergebenst
Albert Braun
Haarfabrik
1922

„Tivoli“-Lichtspiele

Neudorfstraße 35

Ab Donnerstag, 11. Oktober:
Kurzes persönliches Gastspiel
Erich Kaiser-Titz
der berühmte Film-Schauspieler
in dem Film u. Bühnen-Sketch:
Der rote Strich

Regie: Erich Kaiser-Titz
Bühnen-Ausstattung: Paul Heinrich.

Dazu:
Die gewaltige Film-Schau.
Beginn: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Nachmittagsbesuch empfohlen.
Vorverkauf: Gebr. Barasch.
Morgen Donnerstag: **Uraufführung.**

Ober-Bayern

Carlstraße 65.
Täglich:
Gr. Konzert

Sportanzüge
Sportjoppen
eigener Aufbeschnitt
daher 25%
mehr preiswert.

G. Behmel, Kontakt 45.

4ling Seife

Die preiswerte Toiletteselle
von wunderbar mildem Schaum und
entzückendem Duft!

„Der wahre Jakob“ 1 200 000 300

Karsunky & Co. Möbel

Kasse evtl. Teilzahlung
Rosenthalerstr. 2, 1.

9 bis 12, 2 bis 6 Uhr
Herren-
und
Kostüm-
Stoffe
billig!

Ernststraße 9 hpt. r.
1 Minute vom Hauptbahnhof.

Stoffe!

Sichern Sie Ihren Einkauf
durch Anzahlung in der
Tuchhandlung
Neudorfstraße 4
an der Gartenstraße.
Geschäftszeit: 9-1, 3-6.

Bitte

bei allen Gär-
käufern für et
die Inserenten unsere
Zeitung zu berücksichtigen

Käufe

Gebr. Möbel, Kinderbetten
Kinderwagen aller Art,
auch beliebt
Ramen, Hüder, taucht, höchst fr.
Kassent. Gneisenaustraße 11.

Säde, neu u. gebraucht,
taucht, 25%
Paul Kind, Tel. Dble 7107.

Futterreste

taucht zum allerhöchsten
Dollarkurs.
H. Scholz,
Weißbergstraße 43.

Elefantenzähne,

Elfenbeinbälle, 1921
auch schabhaft, taucht zu höchst
Preisen. Offert. und St. 293
Geschäftsstelle dieser Zeitung

Sutterreife!

Garn, Zwirn, Koper,
Leinen, Kermelfutter,
Fendentuche, Serge, Stoff
zahlr. höchste Preise,
wie die Konkurrenz
taucht auch Original

Frau Frieda Lippert Heinrichstr.
Nr. 16, 2. St.

Kleine Anzeigen

sind kompakt gesetzte einsp.
Anzeig. v. Verkäufen, Kaufge-
suchen u. a. nur von Privatpers.
jed. Wort 20000, Zeit 250000 M.

Rückensicht zu verkaufen
Mittelschiff 37, Hof.
Eigener Ofen, Dörr-
Wagen, Mädchen, a. Kinder-
mützel, neu, billig zu neu
kaufen Neuenhofstraße 22 post.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Oktober.

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei.

Beamtinnen aller Behörden!

Freitag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, 1. Etage.

Verteilung aller Beamtinnenvertrauensleute der S.P.D. Ober- und Untereinstufen. Die Kassierer der Beamtinnen haben am Donnerstag, den 11. Oktober, im Jugendsekretariat abzurechnen.

Abteilung Südwest. Donnerstag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Goerz, Schillerstraße 23. Wichtige Funktionärerversammlung.

Arbeiterjugend. Die Kassierer der Beamtinnen haben am Donnerstag, den 11. Oktober, im Jugendsekretariat abzurechnen.

Arbeiterkinderfreunde. Die Helfer treffen sich am Donnerstag, den 11. Oktober, abends, im Gewerkschaftshaus. Die ersten Einblicke in den Winterraum stehen im Vordergrund. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Die Abteilungsveranstaltungen

Der Sozialdemokratische Verein Breslau, die am Montag, den 8. Oktober stattfanden und in der politischen Lage der Zeit eine große Rolle spielten, waren durchweg stark besucht. Die Besuche waren in der Abteilung Pöpelwitz besonders zahlreich. Es war immerhin für die Öffentlichkeit von Interesse, wenn es uns möglich war, einen eingehenden Bericht von jeder einzelnen Versammlung zu geben. Das ist aber nicht technisch möglich. Die Mehrzahl der Versammlungen in den verschiedenen Abteilungen waren gegenüber dem Wiedereintritt in die Regierungsgeschäfte kritisch und stellten sich zum größten Teil auf den Boden der Widerständigkeit der Reichsregierung. Mehrere Entschlüsse aus den einzelnen Versammlungen, die vorliegen, bringen das deutlich zum Ausdruck. Einige Versammlungen, wie die der Arbeiter und Arbeiterinnen, waren mit der Unterstützung der Regierung einverstanden, da nach ihrer Auffassung eine andere Möglichkeit nicht gegeben war. Waren die Versammlungen trotz der sonst kritischen Einstellung doch durchweg alle kritisch zu bezeichnen, so muß leider festgestellt werden, daß die Versammlung der Abteilung Südwest diese trotz aller Meinungsverschiedenheiten mögliche Sachlichkeit in der Behandlung dieses wichtigen Vorganges vermissen ließ. Es kam dort zu Szenen, wie sie in Parteiveranstaltungen bisher nicht üblich waren. Das mag sich insbesondere die Oppositionsführer merken. Die Parteiveranstaltung ist seit drei bis vier Jahren kennen. Weil es natürlich schwer möglich ist, von einer einheitlichen Stellung der Breslauer Parteigenossenchaft an die verschiedenen Versammlungen zu reden, findet am Montag, den 15. Oktober, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine parteiweitige Versammlung statt. Die zur neuen Position Stellung nehmen soll. Es ist wohl anzunehmen, daß die Parteigenossenchaft zahlreich in dieser wichtigen Versammlung teilnehmen wird.

Die Deckung der Lumulthäden.

Obwohl die Deckung von Lumulthäden nur zu einem Teil von der Gemeinde und zu fünf Sechsteln durch das Reich erfolgt, kostet der schwarze Freitag der Stadt Breslau nach dem gegenwärtigen Stande der Berechnungen

15 Billionen 750 Milliarden.

Der Magistrat wollte ursprünglich die Deckung durch einen einmaligen Zuschlag auf Gas, Wasser und Elektrizität, die Stadtverordnetenversammlung hat aber hierauf nicht zu haben. Sie verwies den Magistrat auf die eben beschlossene Einkommensteuer. Dieser Steuer hat aber der Bezirksausschuß nicht zugestimmt, und ihre Einführung ist damit um mindestens ein Vierteljahr verzögert. Der Bezirksausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat sich deshalb dazu gezwungen gesehen, der Umlegung auf die Verbraucher von Gas, Wasser und Elektrizität zuzustimmen, jedoch soll die Deckung nicht auf einmal, sondern in sechs Monatsraten erfolgen. Für die Gasverbraucher bedeutet das, daß sie ein halbes Jahr lang jeden Monat eine Sonderlast von acht Millionen tragen müssen.

Die Hafentrichter können sich auf diesen Erfolg ihrer Sache etwas einbilden!

Der erweiterte Parteivorstand

Der Sozialdemokratische Verein Breslau beschäftigte sich gestern unter Vorsitz des Genossen Dr. C. Kästner mit der neuen politischen Lage, nahm aber nach gründlicher Aussprache von einer Entscheidung zur Reichspolitik vorläufig Abstand. Auf Grund eines Berichtes des Genossen Wache wurden die agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen der nächsten Wochen festgelegt, wobei allerorts der Wille zum Ausdruck kam, an den kommenden entscheidenden Kämpfen die Geschlossenheit der Partei zur Geltung zu bringen und die Organisation noch zu verstärken.

Ueber Feuermeldung.

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner bittet uns, den nachstehenden Fall zur allgemeinen Belehrung mitzuteilen.

Am 6. August, mittags zwischen 12 und 1 Uhr, wurden die Feuerwehren der R. L. n. r. Berufsfeuerwehr nach der Siegburgerstraße, Industriehafen, gerufen. Dort war auf dem Grundstück der Firma Schmale & Co., Siegburgerstraße 106, aus dem die Firma ein großes Holzlager mit Tücherei unterhält, Großfeuer entstanden. Obwohl die Feuerwehren wenige Minuten nach der Feuermeldung an der Brandstelle erschienen, fanden sie bereits ein umfangreiches Schadenfeuer. Das aus Holz errichtete, mit wertvollen Holzbearbeitungsmaschinen ausgestattete Tischlereigebäude, ein Holzbehältergebäude, in dem große Vorräte von Benzol, Öl und anderen leicht brennbaren Materialien lagerten, und ein Teil des hochaufliegenden Balkens, Kohlen- und Brettervorrates fanden in hellen Flammen. Durch die hauchhoch schlagenden Flammen und die andauernden Explosionen von Benzol und Debehältern waren die rechts und links dicht an den Brandherd grenzenden großen Mühlenwerke von Auer, Maschinenfabrik & Wismann in großer Gefahr, die jedoch die Berufsfeuerwehr in anstrengender Tätigkeit abwehren konnte.

Große Holzvorräte, wertvolle Maschinen, ein großer Kosten für die Bestimmung der Brandursache - diese Werte - fielen dem Feuer zum Opfer. Wie die Brandberichte melden, konnte das Feuer nur deshalb einen so gewaltigen Umfang annehmen, weil die Arbeiter des Betriebes mit unzulänglichen und schlecht funktionierenden Löschmitteln den Brand zu löschen versuchten und erst nach der Erfolglosigkeit ihres Bemühens die Feuerwehr alarmierten.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die in den Betrieben vorhandenen Feuerlöschrichtungen ihren Zweck verfehlen müssen, wenn sie zur Verzögerung der Feuermeldung führen.

Überall, wo in Betrieben Feuerlöschrichtungen vorhanden sind - und wo sie nicht vorhanden sind - müssen Menschen

bestimmt sein, deren erste und zunächst einzige Aufgabe bei Ausbruch eines Schadenfeuers ist, die Feuerwehr zu verständigen. Die nächste Feuermeldestelle für den Betrieb oder die Abteilung des Betriebes muß jedem im Betriebe Tätigen bekannt sein. Der Schaden, der dadurch entsteht, daß die Feuerwehr zu einem Feuer alarmiert wird, das auch ohne sie hätte gelöscht werden können, steht in keinem Verhältnis zu den Schäden, die entstehen, wenn die Feuerwehr zu spät zur Feuerbekämpfung gerufen wird.

Ein Zentner Kohle 617100000 Mark!

Die weitere starke Geldentwertung, sowie die Heraushebung des Zinsfußes machen eine weitere erhebliche Erhöhung der Kleinhändlerhöchstpreise erforderlich. Der Preis für den Zentner Steinkohle frei Kessel des Verbrauchers springt um etwa 100 Prozent von 314,2 Millionen auf 617,1 Millionen. Die einzelnen Preise für Stein- und Braunkohle sind aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil ersichtlich.

Mehrere Wünsche nachkommend, gibt der Magistrat, Kohlenversorgung, schon jetzt die Januar- und Februar-Markte der Kohlenarten für Haushaltungen und Geschäftsräume zur Belieferung frei. Diese Vergünstigung erstreckt sich aber zunächst nur für den Monat Oktober. Es muß abgewartet werden, ob die Lage in der Kohlenversorgung die Belieferung der Januar- und Februar-Mengen auch in den Wintermonaten November und Dezember gestattet wird. Da weitere Kohlenpreiserhöhungen nicht ausgeschlossen sind, kann nur empfohlen werden, von dem Entgegenkommen des Magistrats, Kohlenversorgung, weitgehendsten Gebrauch zu machen. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer verwiesen.

Das Ende der Gräblicher Elektrischen.

Die Gräblicher Elektrische hat ihrem Personal gekündigt und will am 23. Oktober ihren Betrieb einstellen - wenn ihre nicht von anderer Seite noch Hilfe kommt. Das tägliche Defizit beträgt zur Zeit 35 Millionen. Was wird die Stadt nun tun, die verurteilt ist, der Gesellschaft die Bahn abzukufen?

Eine Straßenbahnfahrt 14 Millionen.

Eine abnormale Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise tritt am Donnerstag in Kraft. Von diesem Tage an werden für eine einfache Fahrt mit Umsteigeberechtigung 14 Millionen Mark, für Hin- und Rückfahrt 20 Millionen Mark, bei Kriegsverletzungen usw. 10 Millionen Mark, bei Kriegsverletzungen 10, eine Wochenkarte 110, eine Umsteigekarte 120, eine Schülerwochenkarte 35 Millionen Mark. Abfahrtsarten, die in der 41. Betriebswoche erworben worden sind, können noch bis zum 13. Oktober abgefahren werden. Bezüglich der übrigen Tarifbestimmungen, wie Geltungsdauer der Monatskarten und Regattarten und der Lösung von Zuschlagsmarken, wird auf die Aushänge in den Wagen der Straßenbahn verwiesen.

Heute abend erstes Orchesterkonzert

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, ausgeführt vom Orchester des Breslauer Orchestervereins unter Leitung von Hermann Bach und unter Mitwirkung von Frau Margarete Kette-Loewe (Gesang). Eintrittsprogramme sind an der Abendkasse noch zu haben.

Dem Arbeiter-Bildungsausschuß.

Arbeiterkinderfreunde.

Der Sommer mit seinen Freuden bei Spiel und Tanz geht dem Ende zu. Auch bei unseren Mittwoch-Spielnachmittagen auf den 7 verschiedenen Plätzen müssen wir mit dieser Tatsache rechnen. Aber trotz Wind und Kälte, trotz wirtschaftlicher Not und aller Schwierigkeiten, wollen wir mit unseren kleinen Freunden auch diesen Winter über, wie die zwei vorhergehenden, in geschützten Räumen zusammenkommen. Ja, trotz alledem, noch öfter als im vorigen Jahre. Während, das die Luftverschmutzung ideeller und vulkanischer Bestrebungen hilft, die uns so eindruckend die Zeit zu überleben und tagtäglich immer wieder deutlich verspüren, daß gerade unseren kleinen Freunden recht viel Freude und Zerstreuung im Gegenlicht zu dem vielen Leid, das sie erleben, gegeben werden muß, wünschen wir, alle Nachmittage mit ihnen zusammen zu sein.

Wir wollen versuchen, außer den Mittwoch-Nachmittagen bei Märchen und Erzählungen, bei Theater und Märchen, noch ein oder zwei Mal am Freitag in der Woche möglich zu machen, wo wir Zimmerspiele treiben und Vorkarben bauen.

Liebe Eltern! Unterstützt uns in unserem Vorhaben. Zum ersten Mal kommen wir am Mittwoch, den 10. Oktober, in den Winterräumen zusammen.

Offener Vor: Spielplatz Volkswinkel, in der Dfener Schule, um 5 Uhr.

Scheinig, trifft sich für dieses Mal schon um 4 Uhr, in dem Kinderhort. - Dufferweitung: Finkenstraße. - Nikolaus: 5 1/2 Uhr, in der Schule Finkenstraße. - Spielplatz: Füllentier, 5 1/2 Uhr, in der Viktoriaschule. - Gruppe Gräblich: Spielplatz 5 1/2 Uhr, im Gymnasium in der Sonnenstraße.

Die zwei Gruppen Steinstraße und Feldkirchhof finden sich zusammen im Kinderhortraum der Füllentierstraße um 1/6 Uhr. Da die Lichtkosten sehr hoch sind und bei der fortwährenden Steigerung ein fester Satz nicht angenommen werden kann, müssen auch wir für den Besuch unserer Veranstaltungen die jetzt übliche Warenrichtzahl suchen. Die Billets, die in den kenntlich gemachten Lagern des Konsumvereins, "Vormärts" und an den Abenden in den Räumen zu haben sind, kosten den halben Preis einer Schachtel Reichshölzer am Tage der Veranstaltung ("Vormärts"-Preis). Ueber den minimalen Betrag nach zu sprechen, lohnt wohl nicht.

Am Sonnabend, den 13. Oktober, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, nachmittags 6 Uhr, ein Kinderlichbild-Nachmittag statt. Die Gruppen beteiligen sich geschloffen daran. Wer die Abendveranstaltung für Erwachsene, die gleichzeitig ein Kinderbillet einschließt nicht besucht, möge seinem Kind den kleinen Geldbetrag zum gemeinsamen Treffen mitgeben. Alles nähere Mittwoch in den Gruppen.

Sozialistische Lehrgänge in der Volkshochschule.

In einer Zeit, in der sich arbeitervindliche Rückgriffe unter dem Vorzeichen des Sozialismus, "Gegen den Marxismus" zusammenlagern, tut uns doppelt eine Behauptung auf die Grundlagen sozialistischer Lebensanschauung an. Gelegenheit zu dieser bieten auch diesmal verschiedene Lehrgänge der Breslauer Volkshochschule, die zum Teil leider noch nicht genügend Interesse gefunden haben. Es sei daher noch einmal ausdrücklich auf folgende Kurse hingewiesen: "Wege zum Aufbau einer modernen Weltanschauung" (Dr. Immanuel Lewy), "Erziehungsprobleme der Gegenwart" (Regierungs- und Schulpflicht Wagner), "Grundfragen der materialistischen Geschichtsauffassung des Marxismus" (Dr. Marx), "Sozialistische Literatur" (Dr. Immanuel Lewy), "Internationales Arbeiterrecht" (Dr. W. v. G. r. u. m. s. t. o. w.), "Die Sozialisten der Utopisten" (Dr. W. v. G. r. u. m. s. t. o. w.).

Schwurgericht.

Schwerwichtige Verbrechen.

Eine ältere Hausangestellte, die schon zwei uneheliche Kinder hat, hatte im Dezember vorigen Jahres zum dritten Male Mutter. In ihrer Verzweiflung wandte sie sich an die Waise Käthe Fischer, die ihr auch gegen entsprechende Bezahlung half. Während das Mädchen vor der Strafkammer abgeurteilt wurde, stürzte sich diese bei der Fischer für unzulässig

und überwies die Sache dem Schwurgericht, da es sich im vorliegenden Falle um Lohnabrechnung handelte. Am Montag wurde sie nun vom Schwurgericht zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, auch wurde sie sofort verhaftet. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Schwere Strafen für Plünderer.

Das Schwurgericht hatte sich am Sonnabend abermals mit einem Plünderer vom 20. Juli zu beschäftigen. Der 19 Jahre alte Arbeiter Willi Stuller war am Plünderungstage, abends gegen 12 Uhr, die Frankfurter Straße entlang gekommen. Hier waren um diese Zeit die Schaufenster bereits eingeschlagen und Stuller sah nur nach, wo noch etwas vergessen worden war. In dem Schaufenster eines Lebergeschäfts hatte er offenbar nichts mehr gefunden und deshalb stieg er in das Schaufenster der Firma Löwinthal und nahm ein weißes Wollkleid, das als einziges zurückgelassen worden war. Er war aber beobachtet worden und so wurde ihm das Kleid bald wieder abgenommen. Stuller hatte sich nun wegen schweren Landfriedensbruchs zu verantworten. Dem Inhaber dieser Firma ist allein durch die gestohlenen Waren ein Schaden von 140 Millionen entstanden. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten in Anbetracht seiner Jugend und da er noch unbeschäftigt ist, mildernde Umstände zu. Das Gericht erkannte auf drei Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung.

Marmorhaus.

Auch abgesehen von dem indischen Wundermann Elwino, der sich allabendlich lebendig begraben läßt, und über den wir bereits nach einer Sondervorstellung für die Presse berichteten, weiß das Marmorhaus ein prächtiges Oktoberprogramm auf. Allerdings bildet Elwino zurzeit ein Stadtgespräch. Außer ihm führen The two Festys einen halbbrecherischen Balancakt vor. In anmutigen Tänzen produzieren sich die Geschwister Schneider abwechselnd mit den raffigen zwei Gorkows, die russische Nationaltänze vorführen. Die Herren R. und W. Reinisch sind als elastische Equilibristen unerreicht. Sie scheinen ganz aus Gummi zu sein und überhaupt keine Knochen zu haben. Recht nett ist weiter ein Kollschuß von Alice und Heinz. Ueber eine ideale Figur und besonders gut ausgebildete Muskulatur verfügt Fred Herz, der alle Plastik nachahmt und durch das Spiel seiner Muskeln Bewunderung erregt. Sehr zur Erweiterung des Publikums trägt Spiro, der sich als Jongleurproduzent und zugleich über hundert verschiedene Dinge plaudert. Gleiches Lacherfolge erntet später auch Harry Collier mit seinen gelungenen Tanzproben. Auch die Akrobatik ist doppelt vertreten, erst in den waghalsigen Künsten der 3 Worcester, dann in dem tomschen Leiden der 3 Honeys. Eine indische Fantasie Tagora Tagora weist eine hübsche Ausstattung auf und ist auch von harter theatralischer Wirkung. Damit ist der Abend bis um elf Uhr gut und reichlich ausgefüllt.

* Die Wagen der Straßenbahnlinie 18 werden von heute ab verjüngt abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr und dann wieder zur Zeit des Theaterschlusses von der Carolusstraße bis zur Kuffelstraße weitergeführt.

* Die Preise für marktfreie Badwaren sind von der Arbeitsgemeinschaft der brotverarbeitenden Betriebe mit der Wirkung vom Mittwoch, den 10. Oktober ab wie folgt festgelegt: 1 Pfund helles Brot 25 Millionen Mark, 1 Pfund dunkles Brot 23 Millionen Mark, 1 helle Semmel (75 Gramm Feiggewicht) 5 Millionen Mark.

* Die Breslauer Feuerungszeit vom 8. Oktober, die vom städtischen Statistischen Amt nach den Grunddaten des Statistischen Reichsamts errechnet wird und zugleich als Grundlage für die Berechnung der Reichsrichtzahl dient, beträgt 6 963 100 000 Mark.

* Hiertoverein - ehem. Zöglinge des Knabenhospitals in der Neustadt und der Ehrenparade. Nächste Monatsversammlung: Sonnabend, den 13. Oktober, abends 8 Uhr in "Stadt Leipzig", Ursulinerstraße 24. Ausgabe der Eintrittskarten für das am 20. Oktober im Gewerkschaftshaus stattfindende 30. Stiftungsfest.

* Die Anmeldefrist der Volkshochschule wird verlängert bis 18. Oktober. Anmeldungen zu den Abendkursen werkschließend von 8-3 und 5-8 Uhr, Sonntags 9-12 1/2 Uhr im Volkshochschulamt, Springerkstraße 5/9, III. Stad. Da ab Freitag der den Gebühren zugrundeliegende Reichsindex sich erhöht, wird als halbjährige Anmeldung empfohlen.

* Beschäftigung der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke. Gestern vormittag fand unter Führung der Direktoren Dr. Hüfner und Hertel eine Besichtigung der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke Breslau durch Mitglieder des Eisenbahnministeriums, der hiesigen Reichsbahndirektion und einer großen Anzahl höherer Beamter der norwegischen, schwedischen, schweizerischen und österreichischen Staatsbahn- bzw. Telegraphenverwaltung statt. Die genannten Herren nahmen hierauf anschließend eine Besichtigung der elektrisch betriebenen schiefen Gebirgsbahnen vor. Um bei dieser Gelegenheit Versuche über den Einfluß des Stromstroms aus Schwachstromleitungen anzustellen. Anschließend an die Besichtigung der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke, deren Ergebnis alle Beteiligten in hohem Maße betrieblige, fand eine Vorführung des Films "Wendegang einer Lokomotive" statt, der den Teilnehmern noch einmal den ganzen modernen und großartig angelegten Werkbetrieb der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke in allen seinen Teilen zeigte.

* Schongzeit. Der Bezirksausschuß in Breslau hat beschlossen, für den Umfang des Regierungsbezirks Breslau die Schongzeit für Rebhühner auf das ganze Jahr auszudehnen und den Beginn der Schongzeit für Rebhühner, Wachteln und Schottilche Moorhühner auf Sonnabend, den 17. November, festzusetzen.

* Freie Hochschule für Volkshochschule. Wie im heutigen Anzeigenteil bekanntgegeben wird, wiederholt Maria Jahnz seine hierorts schon mehrfach gehaltenen Kurse über Psychologie, die nebst angrenzenden Gebieten und über Hygiene des Geschlechtslebens und Eugenik nochmals. Die Interessenten-Versammlungen finden am Donnerstag bzw. Freitag abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, statt. Ausführliche Prospekte sind im Gewerkschafts-Sekretariat und in der Geschäftsstelle der Volkswacht erhältlich.

* Ein ganz großes Witzesverständnis hat sich diesmal bei der Anmeldung zur Volkshochschule herausgestellt. Die Gebühren der Volkshochschule betragen zehn Pfennig mal Reichsindex für eine Stunde, das heißt nicht etwa, sie werden nach Goldmark berechnet. Die Berechnung nach dem Reichsindex bleibt weit hinter der Goldwährung zurück. Nach dem Stande vom 3. Oktober 1923 würde die Gebühr nach Goldmark berechnet 10 Pfennig mal 25 Millionen betragen; sie beträgt aber in Wirklichkeit (nach Reichsindex berechnet) nur 10 Pfennig mal 40 Millionen. Die Gebühren bleiben also weit hinter den Friedensstand zurück.

* Amtlicher Wetterbericht. Nach verbreiteten Regenfüllen Mittwoch zeitweise aufheben. Vorübergehend etwas wärmer bei bisweilen aufstehendem, westlichem Winde.

* Im Anzeigenteil wurde am Montag die neu geschaffene Vergütungsschritte "An-Wien" eingeweiht. Aus dem ehemaligen Hippodrom ist sie entstanden. Die Wände zeigen das Panorama von Wien. Rings herum ziehen sich hübsche Gärten, wo die Gäste abwechselnd von einer echt Wiener Grammelpelle beschützt und durch Gesang und Spiel erfreut werden. In der Mitte befindet sich das Langrad, ein amerikanisches Drehrad, was sich dadurch auszeichnet, daß auf ihm auch die "schönen Stunden" nicht vorwärts, sondern immer weiter zurückwärts kommen. Wenn es um im Leben zu sein...

